



## Letzte Züge

Der Schienenfahrzeugbau gehörte in der DDR zu den Vorzeigebereichen. Heute ist er nur noch ein Konzernanhängsel. Bombardier will in Ostdeutschland Hunderte Arbeiter an verschiedenen Standorten entlassen. Von Jörg Roesler

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 22. FEBRUAR 2017 · NR. 45 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

### Brennpunkt

Lehrer sind knapp, überfordert und schlecht bezahlt. Neu ist, dass sich vielerorts Protest regt

3

### Bankenrecht

Bundesgerichtshof urteilt: Für Verbraucher lukrative Bausparverträge dürfen gekündigt werden

5

### Filetstücke

Die besten Teile der südkoreanischen Reederei Hanjin werden an Konkurrenten verramscht

9

### Eskortservice

In Würzburg stellte sich die Polizei am Samstag wieder einmal schützend vor einen Neonazifzug

15

# Sicher in den Tod

Bundesinnenminister bestätigt Risiken für afghanische Zivilisten – und will trotzdem weiter abschieben. Lage im Land wird schöngeredet. Von Ulla Jelpke

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wirbt massiv für Abschiebungen nach Afghanistan und setzt die Bundesländer verstärkt unter Druck, seinem Willen zu folgen. Dabei nimmt er ausdrücklich in Kauf, dass die Abgeschobenen einem hohen Todesrisiko ausgesetzt sind: »Die normale zivile Bevölkerung ist zwar Opfer, aber nicht Ziel von Anschlägen der Taliban«, verkündete de Maizière am Montagabend in den ARD-»Tagesthemen«. Das sei »ein großer Unterschied«. Sogenannte Kollateralschäden an Zivilisten werden damit den afghanischen Bürgerkriegsparteien genauso großzügig zugestanden, wie sie die NATO seit Jahren selbst für sich in Anspruch nimmt.

Unterdessen wird die Lage in Afghanistan immer blutiger: Vor gerade einmal zwei Wochen stellte die dortige UN-Mission ihren Bericht für 2016 vor, nach dem im vorigen Jahr 11.418 Zivilisten durch Kriegshandlungen verletzt oder getötet wurden. Das ist der höchste Stand, seit 2009 begonnen wurde, die Zahl ziviler Opfer zu erfassen. 61 Prozent davon gehen laut UN auf das Konto der Aufständischen, 23 Prozent wurden von den Regierungskräften bzw. ihnen nahestehenden Milizen verursacht, weitere von westlichen Luftangriffen.

Ungeachtet dieser Tatsachen hatte die Bundesregierung schon in der Vergangenheit den Taliban bescheinigt, sie hätten »glaubhaft versichert«, zivile Opfer vermeiden zu wollen. Asylrechtlich gesehen, begründet das allerdings keinen Unterschied: Menschen, die vor Kriegseignissen fliehen, haben einen Schutzanspruch, unabhängig davon, ob sie »gezielt« oder nur zufällig zum Opfer von Anschlägen und Gefechten zu werden drohen.



Nach einer Bombenexplosion wird ein Verletzter im afghanischen Dschalalabad von Helfern versorgt (1. Februar)

De Maizières Aussage verschleierte die systematischen Verbrechen gegenüber der Zivilbevölkerung, die von den Taliban, die immer mehr Gebiete kontrollieren, begangen werden. So finden immer wieder Angriffe auf Schulen statt, in denen Mädchen unterrichtet werden. Erst Ende vorigen Jahres wurde eine Frau in Nordafghanistan von den Taliban geköpft. Die Zahl derartiger Morde wächst.

Die Behauptung der Bundesregierung, zumindest afghanische Städte seien »sicher«, ist von der UN-Mission in Kabul schon längst widerlegt. Diese berichtet vielmehr davon, dass die Taliban ihren Druck auf mehrere Provinzhauptstädte erhöhen und auch

die Landstraßen und Versorgungswege abzuschneiden versuchen. Der Bundesinnenminister spielt all das herunter, um die Abschiebeagenda durchzusetzen. Dabei wird die humanitäre Lage am Hindukusch immer fragiler, nicht zuletzt weil voriges Jahr mindestens 600.000 Flüchtlinge aus Pakistan zurückgetrieben worden sind. Viele dieser Rückkehrer seien in prekären Lebensumständen und zögen mittellos durchs Land, heißt es im UN-Bericht.

Ganz entgegen den Forderungen de Maizières verkünden allerdings immer mehr Bundesländer einen Abschiebestopp nach Afghanistan, darunter alle mit Regierungsbeteiligung der Linkspartei. Deswegen fordert de Maizière

mittlerweile, diesen Ländern die Kompetenzen bezüglich Abschiebungen zu entziehen und die Bundespolizei damit zu beauftragen.

Wo die Grünen mit SPD oder Union koalieren, läuft derweil alles nach Plan. Die Grünen-Vorsitzende von Baden-Württemberg, Sandra Detzer, sagte gestern gegenüber *Spiegel online*, man müsse sich »im gültigen Rechtsrahmen bewegen. Der Rechtsrahmen ist: Wenn die Bundesregierung zu der Einschätzung kommt, dass die Lage in Afghanistan es zulässt, dann ist abzuschließen.« Flüchtlingsorganisationen gehen davon aus, dass am heutigen Mittwoch die dritte vom Bund geleitete Sammelabschiebung an den Hindukusch ansteht.

## Flüchtlingsleichen an libyscher Küste angespült



Tripolis. Vor der libyschen Küste sind erneut Dutzende Flüchtlinge ertrunken. 74 Leichen seien an die Strände des nordafrikanischen Landes angespült worden, sagte der regionale Sprecher der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC), Stephen Ryan, gegenüber *dpa* am Dienstag. Man habe entsprechende Informationen und Fotos des Libyschen Roten Halbmonds am Montagabend erhalten. Das Boot der Verunglückten habe am Samstag in der Stadt Sabrata etwa 70 Kilometer von Tripolis entfernt abgelegt, teilte der Sprecher der Internationalen Organisation für Migration (IOM), Flavio Di Giacomo, auf Twitter mit. Insgesamt seien 110 Menschen an Bord gewesen. Das Schicksal der noch nicht gefundenen Flüchtlinge blieb zunächst unklar. (dpa/jw)

## IWF bleibt »Institution« für Athen

Brüssel. Der IWF bleibt unter den vermeintlichen Rettern Griechenlands. Das zumindest glaubt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Das Management des Internationalen Währungsfonds habe sich bereits im vergangenen Jahr verpflichtet, seinem Aufsichtsgremium neue Finanzhilfen für Griechenland vorzuschlagen, sagte Schäuble nach einem Treffen der EU-Finanzminister am Dienstag in Brüssel. Voraussetzung sei, dass die Beschlüsse der Euro-Gruppe vorher umgesetzt würden.

Die Euro-Finanzminister hatten am Vortag vereinbart, dass die Kontrolleure der »Institutionen« (IWF, EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Europäischer Stabilitätsmechanismus) wieder nach Athen zurückkehren sollen, um auf Grundlage früherer Übereinkommen unter anderem »Renten- und Arbeitsmarktreformen« voranzubringen. Im Anschluss daran könnte wieder Geld nach dem festgelegten Kreditrahmen an das weiterhin hochverschuldete Land fließen. (dpa/jw)

## »Sozialpartnerschaft« made by VW

Belegschaftsversammlung: Stammbeschäftigte bekommen Prämie, Betriebsrat fordert Treue

Bei Volkswagen ist alles wieder gut, obwohl mehr als 20.000 Stellen abgebaut werden, worunter vor allem Leiharbeiter leiden. Nach einer Betriebsversammlung am Dienstag nachmittag hieß es, Management und Beschäftigtenvertretung würden nach internen Auseinandersetzungen um den vom Konzernvorstand verordneten »tiefgreifenden Umbau« wieder an einem Strang ziehen. Streitpunkte über die Umsetzung des »Zukunftspakts« seien beigelegt worden.

VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh sagte am Dienstag auf der nichtöf-

fentlichen Zusammenkunft in Wolfsburg laut einer Konzernmitteilung, der Vorstand habe zugesagt, auf den »Vertragsstand« zurückzukommen. Ein VW-Sprecher bestätigte, die vom Betriebsrat angesprochenen Differenzen seien nun beigelegt worden.

Der »Zukunftspakt« soll die Kernmarke VW profitabler machen, gleichzeitig sollen Milliarden Euro für neue Geschäftsfelder bereitgestellt werden. Zugleich sollen bis zu 30.000 Jobs vernichtet werden, davon 23.000 in Deutschland. Betriebsbedingte Kündigungen sollen bis Ende 2025 aus-

geschlossen sein. Zugleich sollen 9.000 Stellen in »Zukunftsbereichen« geschaffen werden.

Über die Umsetzung des »Sparprogramms« war kürzlich Streit ausgebrochen. Der Betriebsrat hatte Markenchef Herbert Diess Wortbruch vorgeworfen. Osterloh sagte nun, die vom Vorstand geplante Auflösung einer dritten Schicht an einer Montagelinie sei ebenso vom Tisch wie ein Schreiben an die Personalleiter, demzufolge der interne Arbeitsmarkt »blockiert« werden sollte. Er forderte die Kollegen auf, nun wieder »gemeinsam Volks-

wagen nach vorne« zu bewegen. Der Skandal um Abgasmanipulationen bei Dieselfahrzeugen hatte den Konzern in eine schwere Krise gestürzt. In den USA muss VW deshalb Entschädigungszahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe aufbringen.

Die 120.000 zum Haustarif beschäftigten Mitarbeiter sollen in diesem Jahr trotzdem eine Erfolgsbeteiligung von voraussichtlich rund 2.900 Euro bekommen. Auch das wurde auf der Versammlung bekanntgegeben. Im vergangenen Jahr hatten sie eine Prämie von 3.950 Euro erhalten. (dpa/jw)

**jw** wird herausgegeben von 2.022 Genossinnen und Genossen (Stand 21.2.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg

